

Die von den Vertretern der bürgerlichen Wissenschaft betriebene Absonderung der Institutionen der politischen Gesellschaftsordnung von der Basis der bestehenden sozialökonomischen Verhältnisse und die isolierte Behandlung dieser Institutionen führen zur Verschleierung und Verfälschung der Wirklichkeit; denn nur die sozialökonomische Demokratie, deren Grundlage die Vergesellschaftung der Produktionsmittel ist, schafft die notwendige Voraussetzung zur Verwirklichung der politischen Demokratie. Ohne Erfüllung dieser Voraussetzung sind die in den bürgerlichen Verfassungen mit schönen Worten ausgedrückten politischen Institutionen inhaltlos und nur fiktiv.

Aber auch formell lassen die bürgerlich-demokratischen politischen Systeme das entscheidende Gebiet, die Wirtschaft, außerhalb der Einflußsphäre der Gesellschaft. Die Wirtschaftsleitung befindet sich dort in der Hand der besitzenden Klassen, vor allem der Monopole, und ist ihren Klasseninteressen untergeordnet. Die vorherrschende Wirtschaftsposition des Großkapitals begründet seinen maßgebenden Einfluß auf die Staatspolitik. In den Händen der Bourgeoisie befindet sich auch ein Großteil der Mittel zur Manipulierung der öffentlichen Meinung. Auf diese Weise begrenzt im Grunde die bürgerliche Gesellschaftsordnung die politischen Rechte der Werktätigen auf die Möglichkeit, innerhalb einiger Jahre einmal mit Hilfe des Stimmzettels zu erklären, welche Vertreter der Interessen der besitzenden Klassen die Staatsgewalt ausüben sollen. Aber auch diese beschränkten Rechte der Volksmassen werden vergewaltigt und mißachtet, sobald sie eine reale Gefährdung für das herrschende politische System darstellen. Damit fällt die Maske der bürgerlichen Demokratie, und zum Vorschein kommen, wie es erst unlängst in Griechenland der Fall war, nackte Gewalt, Staatsstreiche und politische Verbrechen.

So wie die sozialökonomische Demokratie eine unentbehrliche Voraussetzung der wirklichen Volksherrschaft bildet, ist auch die führende Rolle der marxistisch-leninistischen Partei der Werktätigen ein unerläßlicher Bestandteil der Entwicklung der sozialistischen Demokratie. Man muß offen feststellen: Das sogenannte freie Spiel der politischen Kräfte und die Zulassung von Oppositionsparteien ist für einen Staat, der den Sozialismus unter den Bedingungen des Sassenkampfes und der kapitalistischen Bedrohung aufbaut, nicht annehmbar. Der Konkurrenzkampf der verschiedenen Parteien würde die antisozialistischen Kräfte um die Oppositionsparteien sammeln. Dies würde zu der Gefahr der Entfesselung einer zügellosen Demagogie, der Demobilisierung der Gemeinschaft und einer Anarchisierung des politischen und ökonomischen Lebens führen. Unter den Bedingungen der sozialistischen Gesellschaft, in der die Masse der Aufgaben des Staates auf der Organisation der planmäßigen Ökonomik beruht, müßte das unvermeidlich starke Störungen im Wirtschaftsleben, Vergeudung großer gesellschaftlicher Energievorräte für fruchtlose innere Kämpfe und Hemmungen in der